

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Gesamtnummer: 25241
Num. für Nachgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Druckverlagsstelle:
Dresden - K. 1, Marienstraße 28/29

Bezugspreise bei gleichmässiger Bestellung monatlich 2,40 RM, vierteljährlich 6,60 RM, halbjährlich 12,00 RM, jährlich 24,00 RM, einschließlich 20 Pfg. für den Postzuschlag. Bei Abnahme von 10 Bogen, halbjährlich 20 RM, jährlich 40 RM. Familienangehörige und Stellenbesitzer ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., bis 50 mm breite Werksamplie 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offerten-gebühr 50 Pfg. Rückwärtige Aufträge gegen Vorauszahlung.

Dred u. Verlag: Reich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden,
Nachdruck nur mit besond. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte
Beiträge werden nicht aufbewahrt.

60. Ratstagung in Genf

Beilegung des Palästina-Konflikts

Genf, 8. Sept. Der Völkerbundsrat hat heute vormittag seine 60. Tagung mit der üblichen nichtöffentlichen Sitzung begonnen, in der er seine vorläufige Tagesordnung billigte und sich mit internen Budget- und Personalfragen beschäftigte.

Der Völkerbundsrat behandelte in der ersten öffentlichen Sitzung den

Vericht des Mandatsausschusses über die Palästinafrage.

Der finnländische Außenminister Procopé gab einen Ueberblick über die Stellungnahme des Mandatsausschusses und die Antwortnote der englischen Regierung. Er stellte dabei in vorsichtiger Formulierung fest, daß die Aufgaben der englischen Regierung in Palästina außerordentlich schwierig seien. Es bestände nur eine geringfügige Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des Verwaltungsprogramms zwischen der englischen Regierung und dem Mandatsausschuss. Die Unruhen in Palästina hätten sich in keiner Weise gegen die englische Autorität in Palästina gerichtet. Das Ziel der englischen Mandatsverwaltung wird in dem Bericht kurz umrissen: Freie Entwicklung der verfassungsmässigen Einrichtungen für eine freie Regierung und Sicherung des jüdischen Nationalheims. Das Erreichen dieses Zieles sei nur möglich, wenn nicht nur die Mandatsmacht, sondern auch die beiden in Palästina wohnenden Rassen sich in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. — Nach der vom finnischen Außenminister vorgeschlagenen Entschließung richtete der Völkerbundsrat an die englische Regierung die Aufforderung, künftig alle Maßnahmen zu ergreifen, die den Schlußfolgerungen des Mandatsausschusses Rechnung tragen.

Der englische

Außenminister Henderson erklärte,

die englische Regierung stelle mit Befriedigung fest, daß die außerordentlichen Schwierigkeiten der englischen Regierung in Palästina vom Völkerbund anerkannt werden. Die englische Regierung habe in der jüdischen Einwanderungsfrage bereits eine Erklärung abgegeben, die alle Befürchtungen beseitige. Die Einschränkung der jüdischen Einwanderung trage nur einen zeitweiligen Charakter, da es sich keineswegs um ein grundsätzliches Einwanderungsverbot handele.

Der Vertreter Persiens

gab darauf eine kurze Erklärung ab, daß er gleichfalls das Recht des Mandatsausschusses zur Kritik an der Mandatspolitik einer Mandatsmacht anerkenne, jedoch seinem Bedauern darüber Ausdruck verleibe, daß der Mandatsausschuss nicht auf die Sicherung der religiösen und zivilen Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung hingewiesen habe. Er habe das Vertrauen in die englische Regierung, daß die Interessen seiner Mitgläubigen in Palästina nicht verletzt würden.

Darauf nahm der Völkerbund einstimmig die vom finnischen Außenminister vorgeschlagene Entschließung an, womit der Konflikt zwischen der englischen Regierung und dem Mandatsausschuss als beigelegt betrachtet werden kann.

In der heute nachmittag um 4 Uhr beginnenden ersten Europäischen Konferenz, an der 27 Staaten teilnehmen, sind hier 23 Außenminister eingetroffen. Brian wird die Konferenz mit einer Ansprache einleiten, in der er über seine bisherigen Arbeiten berichtet und besonders die Gesichtspunkte darlegt, die sich aus den auf sein Memorandum eingegangenen Antworten ergeben.

Die große Frage, die in Genf jetzt erörtert wird, ist die, was Brian vorschlagen wird. Aus französischen Kreisen verlautet, daß Brian sich diesmal sehr zurückhaltend zeigen werde. Die Dauer der Völkerbundversammlung ist noch ganz unbestimmt, doch nimmt man im allgemeinen an, daß sie in den ersten Tagen des Oktober zu Ende gehen wird. Die Eintrittskarten für das Publikum sind allerdings bereits bis 12. Oktober gedruckt und auch ausgegeben. Aber es gilt als ausgeschlossen, daß die Versammlung über den 4. Oktober hinaus andauert.

Ein Curtius-Interview vor Pressevertretern

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Sept. Der Reichsaußenminister Dr. Curtius hat in Genf gegenüber Pressevertretern erklärt, daß er sich durchaus nicht als der Vertreter einer Minderheitsregierung zu betrachten brauche, da seine Außenpolitik von dem Vertrauen der Majorität des deutschen Volkes getragen werde. Das müsse man ausdrücklich feststellen, denn wenn es heiße, er sei lediglich der Vertreter einer Minderheitsregierung, so müsse das seine Stellung in Genf schwächen. Bezüglich des Paneuropa-Memorandums erklärte Dr. Curtius, daß zwei Drittel des Reichstags mit der Regierung in dieser Frage einig seien. Die deutsche Antwort habe ja auch die Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei gefunden. Ueber die weitere Behandlung des Paneuropa-Projekts erklärte Dr. Curtius, die Vollversammlung werde es wahrscheinlich einem Studienkomitee überweisen. Die Völkerbundversammlung selbst dürfte die Debatte über das Paneuropa-Projekt wahrscheinlich erst am Donnerstag oder Freitag aufnehmen.

Dem Reichsaußenminister Dr. Curtius ist jetzt auch die memeländische Beschwerde zugegangen. Ueber ihre

weitere Behandlung konnte Dr. Curtius zunächst aber keine Angaben machen.

Eine Abordnung des Saargebietes in Genf

Genf, 8. Sept. Wie bei den früheren Völkerbundstagungen weist auch diesmal eine Abordnung von Vertretern der politischen Parteien des Saargebietes hier. Der Abordnung gehören wie früher u. a. an Kommerzienrat Röhling, die Landesratsmitglieder Schmeller und Levaucher und Gewerkschaftssekretär Kiefer.

Italien verlangt Teilnahme Rußlands und der Türkei an den Paneuropaverhandlungen

Genf, 8. Sept. In den vertraulichen Verhandlungen, die am Sonntag zwischen den verschiedenen Vertretern für die europäische Konferenz stattgefunden haben, sind neue Schwierigkeiten zutage getreten. Auf italienischer Seite

Der Umsturz in Buenos Aires

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Sept. Nach den an Berliner Stellen vorliegenden Nachrichten über die Entwicklung in Argentinien hatte die Umsturzbewegung zunächst Unstimmigkeiten auch innerhalb des Heeres zu überwinden, da sich nicht alle Truppenteile sofort der Bewegung angeschlossen. Jedoch gelang es dem General Uriburu, diese Widerstände zu überwinden, worauf sich dann auch die Zivilbevölkerung von Buenos Aires der Bewegung angeschlossen. Interessant dürfte auch die Tatsache sein, daß es sich bei dem neuen vorläufigen argentinischen Kabinett nicht um ein ausgesprochenes Militärkabinett handelt, sondern daß man

auch angesehenen Zivilpersönlichkeiten einbezogen

hat, so daß eine gewisse ruhige Weiterentwicklung zu erwarten zu sein scheint. Nach den vorliegenden Nachrichten soll in Buenos Aires die Absicht bestehen, auch durch möglichst baldige Neuwahlen für eine ruhige Weiterentwicklung Sorge zu tragen.

Der gestürzte Präsident Frigonen, der zunächst in Haft genommen wurde, ist wieder in Freiheit gesetzt worden. In der Nacht auf Sonntag wurde das Haus Frigonens angezündet und die Möbel auf die Straße geworfen. Ebenso wurden die Häuser von Parteifreunden Frigonens zerstört.

Frigonen hatte, nachdem die Unruhen ausgebrochen waren, die Regierungsgeschäfte dem Vizepräsidenten Martinez überlassen. Als dieser jedoch gezwungen war, sich den Revolutionären zu ergeben, verlor Frigonen, im Auto zu entfliehen. Polizisten, die ihm treu geblieben waren, bielten die Straße für ihn frei. Gleichzeitig nahmen aber revolutionäre Polizisten die Verfolgung auf und überholten auf ihren Motorrädern Frigonens Wagen in der Nähe von La Plata. Frigonen war durch Krankheit und durch einen Schlaganfall so geschwächt, daß er aus dem Wagen getragen werden mußte. Er wurde zunächst in das Parlament der Provinz La Plata, dann in eine Truppenbaracke gebracht und dort im Lazarett gebettet. Nach Mitternacht unterschrieb er dort seine Abdankung.

Vizepräsident Martinez wurde von Uriburu persönlich gezwungen, seine Abdankung einzureichen.

Der zweite Begleiter Andrées gefunden

Das Geheimnis der Weissen Insel

Stockholm, 8. September. Das schwedische Kanonenboot „Evenskund“, das die Reste Andrées und Strindbergs in ihre Heimat bringen sollte, hat Befehl erhalten, in Tromsø zu bleiben, bis das Expeditionsschiff „Isbjörn“ in Tromsø eingetroffen ist. Die Befehle der „Isbjörn“ hat mitgeteilt, daß sie auf der Insel das Skelett des zweiten Begleiters von Andrée, Frankel, sowie Zellreste und Teile der Ballongondel gefunden habe.

Die letzten Telegramme von der Weissen Insel sowie die Gutachten der Gelehrten in Stockholm und Tromsø, denen man die Einzelheiten der Berichte über die neuen Funde vorgelegt hat, scheinen jeden Zweifel auszuschließen, daß nun auch der dritte und letzte Teilnehmer der Andrée-Expedition, Frankel, gefunden worden ist. Wie es heißt, soll auch der bisher vermischte Schädel von Andrée gefunden worden sein. Nur der norwegische Forscher Dr. Holmboe hält es für möglich, daß eine Verwechslung mit den Opfern der Nobil-Ratastrophe vorliegt. Der Gegenfall zwischen der früheren Annahme, daß Andrée und seine Begleiter den langen Marsch über das Eis zurückgelegt haben, und der jetzigen Annahme, daß die Landungsstelle des Ballons in nächster Nähe der Weissen Insel gelegen haben muß, wird durch folgende Erklärung behoben, der sich auch Dr. Horn anschließt: Der Ballon ist, wie die aufgefundenen Zeichnungen bezeugen, bei

wird verlangt, daß zu den weiteren vorbereitenden Ausforschungen auch Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes, wie Sowjetrußland und die Türkei, hinzugezogen werden. Die französische und die englische Regierung verlangen dagegen, daß an den Ausforschungen nur Mitgliedstaaten des Völkerbundes teilnehmen und verlangen unter Hinweis auf die befürchtete kommunistische Propaganda den Ausschluß Sowjetrußlands. Offen ist zur Zeit noch die Stellungnahme Deutschlands zu diesen Meinungsverschiedenheiten.

Englisch-amerikanische Schuldenrevision?

Newyork, 8. September. Obwohl in Washington bereits amtlich dementiert worden ist, daß die Engländer hinsichtlich einer Konferenz zur Revision des Schuldenabkommens Führer ausgesprochen haben, erhalten die dahin lautenden Gerüchte jetzt wieder neue Nahrung. Senator Barkley, der loeben aus Europa zurückgekehrt ist, erklärt, daß man in London tatsächlich von einem derartigen Schritt rede. Ein hoher englischer Beamter soll erklärt haben, Großbritannien würde voraussichtlich nicht imstande sein, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Als Grund seien besonders die neuen amerikanischen Zolltarife bezeichnet worden. Senator Barkley ist der Ansicht, daß die europäischen Staaten im Begriff sind, Vergeltungsmaßnahmen gegen die hohen amerikanischen Zölle zu treffen.

Beide trafen im Regierungsgebäude aufeinander, und Martinez weigerte sich zunächst, seine Abdankung zu unterzeichnen. Uriburu erklärte, daß er nicht genug wäre, aus Martinez einen politischen Märtyrer zu machen. Er würde ihn einfach solange einsperren, bis er untergehe. Daraufhin unterzeichnete auch Martinez seine Rücktrittserklärung.

Im Laufe des Sonntags setzte sich die Revolution auch in der Provinz anscheinend ohne Widerstand durch. In einzelnen Provinzen räumten die bisherigen Gewalttäter freiwillig ihre Plätze, in anderen bedurfte es des Auftritts von Uriburus Truppen, um die Lokalbehörden zum Nachgeben zu veranlassen.

Uriburu selbst ist einer der angesehensten argentinischen Militärs. Er war zu wiederholten Malen in Europa und hat sich dort vor dem Kriege bereits längere Zeit zu Studienzwecken aufgehalten. Der neue argentinische Außenminister ist ebenfalls ein angesehenes Politikerverständnis und leitete schon einmal in den Jahren 1910/12 die Außenpolitik seines Landes. General Uriburu hat alle bisherigen Gouverneure abgelöst. Die neuen Minister gehören meist der konservativen Partei an, die Frigonen vor 14 Jahren gestürzt und seitdem von der Regierung ferngehalten hat.

Gasausbruch in einem Bergwerk - Drei Tote

Deutchen, 8. September. Auf der Karsten-Zentrumsgrube sind drei Leute der Feuerwache, die sichern die Grube zu bewachen hatten, durch giftige Gase getötet worden. Die Bergbehörde hat den Fall bereits untersucht und keinerlei Verschulden Dritter festgestellt. Bei den Toten handelt es sich um einen Aufseher und zwei Arbeiter.

Großfeuer in einem französischen Dorf

Paris, 8. Sept. Ein Großfeuer von ungeheurem Ausmaß hat in einer kleinen Gemeinde bei Montiers 48 Häuser in Asche gelegt und 100 Personen obdachlos gemacht. Die Motorpumpen der Ortschaft konnten nicht in Tätigkeit treten, da der einzige Hydrant mitten im Feuerherd lag.

Vor dem Ballonaufstieg Professor Piccards

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Sept. Professor Piccard, der Ende voriger Woche in Augsburg eingetroffen war, hat im Laufe des Sonntags die letzten Vorbereitungen für seinen Aufstieg in die Stratosphäre erledigt. Die Sauerstoffbomben, die der Gelehrte und sein Assistent mitnehmen wollen, sind inzwischen gefüllt und an ein Netzgerät angeschlossen worden, um festzustellen, ob etwa durch ein Undichtwerden von Ventilen der Inhalt teilweise entweichen kann. Der Riesenschiff liegt vollkommen füllbereit ausgedreht in der großen Halle der Niedrigerschen Fabrik und wird

In wenigen Stunden betriebsfertig

sein können. Von den Wettermeldungen, die heute nachmittag in München zusammengestellt werden, wird es abhängen, ob Professor Piccard seinen Versuch am Dienstagmorgen ausführen kann. Die Ausflüchte sind freilich nicht allzugünstig. Messungen, die heute vormittag in Augsburg vorgenommen wurden, ergaben, daß in geringer Höhe über dem Boden ziemlich starke Böden und Wirbel herrschen und daß in tausend Meter Höhe Windstärke 5 bis 6 vorlag. Da Professor Piccard möglichst stilles Wetter braucht, um nicht weit abgetrieben zu werden, muß eventuell mit einer Verschiebung des Fluges gerechnet werden.